

# Die italienische Universität zwischen Fortschritt und Utopie

Autor(en): **Cappelletti, Vincenzo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **48 (1968-1969)**

Heft 6: **"Unrast"**

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162138>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die italienische Universität zwischen Fortschritt und Utopie

VINCENZO CAPPELLETTI

Was hat sich innerhalb der italienischen Universität zugetragen? Niemand hätte zu Beginn des vergangenen akademischen Jahrs eine so weite Ausbreitung der studentischen Protestbewegung voraussagen können. Heute erinnern sich nur wenige an den zeitlichen Ablauf der Ereignisse, und noch kleiner ist die Zahl jener, die versuchen zu verstehen oder zum Verständnis beizutragen. Die «Theorie der zeitgenössischen Universität» — um einen Ausdruck zu verwenden, der im Jahr 1953 aus leidenschaftlichen Diskussionen der Studentenbewegung hervorgegangen ist — läuft Gefahr, durch verworrene Ideen und gegensätzliche Bestrebungen ersetzt zu werden. Wenn wir uns keinen Weg zur Wahrheit bahnen, wenn wir uns selber und die andern nicht daran erinnern, dass die Lösung des Universitätsproblems im wesentlichen vom Bewusstsein der pädagogischen Situation der Gegenwart und vom Glauben an die historische Rolle Europas abhängt, dann werden sich die Erwartungen und Hoffnungen von über zwanzig Jahren in nichts auflösen. Das weiss die Studentenbewegung, und wir hoffen, dass sie ihre eigene Vergangenheit nicht verleugnen wird.

Fragen wir zunächst nach dem zeitlichen Ablauf der Ereignisse: Während wir im Besitze einer Sammlung der ideologischen Dokumente des studentischen Protests in Italien sind<sup>1</sup>, fehlt uns eine genaue Chronik, und es wird nicht einfach sein, sie aufzustellen, weil die Quellen, vor allem die Tagespresse, nur lückenhaft und ungenau informieren. Als Beispiel sei auf die auf Wunsch der Hochschulbehörden erfolgte Intervention der Polizei vom 29. Februar in der Universität Rom hingewiesen. Man sagte, diese Entscheidung sei in einem ungünstigen Augenblick getroffen worden, nämlich damals, als der Dialog zwischen Studenten und Dozenten gerade seine ersten Früchte zeitigte: Der Rektor sei eingeschritten, um zu verhindern, dass anschliessend an die Examen, wie es die Studenten verlangten, eine öffentliche Diskussion der Noten abgehalten werde. In Wirklichkeit wurde die Entscheidung aber getroffen, um im letzten Moment den nicht absehbaren Folgen entgegenzuwirken, die zu erwarten waren, nachdem eine Gruppe von Studenten die juristische Fakultät besetzt hielt und andere

Gruppen lautstark freien Zugang zu den Gebäulichkeiten forderten. Den Zeitungen gelang es nicht, tags darauf die Hintergründe der Ereignisse zu rekonstruieren; dennoch gelten sie heute noch als bevorzugte Informationsquelle für jene so schwerwiegenden Ereignisse. Andernorts fehlte es den akademischen Behörden manchmal an Entschlusskraft, an Takt oder an echtem Glauben an die Möglichkeit einer konstruktiven und von oberflächlichen Kompromissen unbelasteten Begegnung mit den Studenten. Auch diese Dinge kann man nicht aus Zeitungen erfahren, sondern nur im direkten und vertraulichen Gespräch mit den Beteiligten. Erzählen, «wie es eigentlich gewesen», ist nicht so einfach, wie es scheinen mag, zumindest wenn man in die Einzelheiten gehen muss.

### *Die Thesen der Sapienza*

Bei einer Betrachtung der Vorgänge, in den italienischen Universitäten während des letzten akademischen Jahres ist es unumgänglich, auf ein paar weiter zurückliegende Begebenheiten hinzuweisen. Die neue Taktik der Studentenbewegung lässt sich bis ins Jahr 1965 zurückverfolgen. Im November jenes Jahres, während in Pisa die Rektorenkonferenz der italienischen Universitäten stattfand, besetzten Studenten der extremen Linken die «Sapienza», das älteste Universitätsgebäude; dieses beherbergt die juristische und die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät sowie die Aula der Universität. Die Pisaner Linksgruppen waren nicht so sehr von der Kommunistischen Partei (PCI) als von der Sozialistischen Partei der Proletarischen Einheit (PSIUP) abhängig; bei der letzteren Organisation handelt es sich um eine maximalistisch gesinnte politische Gruppe, die sich zwischen Dezember 1963 und Februar 1964 gebildet hatte. Im Rahmen der Pisaner «Besetzung» — der ersten wirklichen Besetzung aller Räumlichkeiten eines Universitätsgebäudes durch die Studenten, die einem bestimmten Ziele diente und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich lenkte — entstand das erste schriftlich formulierte Dokument der Studentenbewegung in ihrer neuen revolutionären Phase: die sogenannten «Thesen der Sapienza»<sup>2</sup>. Deren wichtigste Forderungen lauten: Das Departement muss die Zelle des Universitätsbetriebs werden; die Gruppenarbeit bildet das Schwergewicht des Universitätsstudiums; die allgemeine Versammlung und eine Studentengewerkschaft bilden die neue studentische Organisation und treten an die Stelle der bisherigen Repräsentativorgane, die in der Zwischenkriegszeit nach dem Vorbild der von der Verfassung gewährleisteten politischen Institutionen geschaffen worden waren.

Im April 1966 wurden die Pisaner Thesen von Studentengruppen der Universität Rom wieder aufgenommen; hier reichte das politische Spektrum von den Christlich-Demokraten bis zu den Kommunisten. Zum ersten Mal bekannten sich auch katholische Akademiker zur revolutionären Aktion. Es sei daran erinnert, dass eine Besetzung insofern etwas ganz anderes ist als ein Streik, als sie, wenn es sich um ein öffentliches Gebäude handelt, gegen das italienische Recht verstößt<sup>3</sup>. Am 27. April 1966 kam der Student Paolo Rossi vor dem Gebäude der Philosophischen Fakultät I ums Leben, und zwar unter Umständen, die die gerichtliche Untersuchung bis heute noch nicht abklären konnte. Der Schreibende erinnert sich in tiefer Ergriffenheit an den moralischen Ernst und an die lebhaftige Intelligenz des jungen Mannes. Die Universität Rom wurde darauf von Studenten der christlich-demokratischen, republikanischen, sozialistischen und kommunistischen Gruppen besetzt. Die Haltung der Regierung, die durch die Koalition der Parteien des linken Zentrums gebildet wurde, zeugte freilich von Unsicherheit: Man duldete die Besetzung der Universitätsgebäude, die dann erst mit dem Rücktritt des Rektors ihr Ende fand. Einige Tage später wurde durch gerichtliche Untersuchung nachgewiesen, dass die Wahlergebnisse gefälscht worden waren, und zwar zu Gunsten der bereits im Repräsentativorgan der Studenten sitzenden Gruppen und zum Nachteil einer neugegründeten extremen Rechtsgruppe, der sogenannten «Primula».

Im Januar und Februar 1966 war auch das kurz zuvor eröffnete Institut für Sozialwissenschaften in Trient besetzt worden. Das Ereignis fand wenig Widerhall im Land, hatte aber im Gegensatz zu den Besetzungen von Rom und Pisa ein klar fassbares Motiv: das Institut sollte die Kompetenz erhalten, die Doktorwürde in Soziologie zu verleihen. Die studentische Agitation führte zum Sieg, als am 8. Juni 1966 das Gesetz Nr. 432 angenommen wurde, das das Institut juristisch anerkannte. Die Studentenunruhen wiederholten sich im folgenden November, als es darum ging, die wissenschaftlichen und didaktischen Einrichtungen des Instituts zu verbessern; das diesbezügliche Dokument ist der klarste, originellste und konstruktivste Text, der sich in der erwähnten Sammlung findet<sup>4</sup>. Erneut kam es im März und im November 1967 zu Zwischenfällen, doch versandete die Studentenbewegung damals in den Gemeinplätzen der Linksdemagogie.

### *Radikalisierung in Turin*

Zu Beginn des akademischen Jahres 1967/68 sprang der Funke der Revolution von Pisa nach Turin über. Schon im Februar hatte es an der Turiner Universität Unruhen gegeben; Anlass dazu gab die Kritik am Gesetzesentwurf für die Universitätsreform, den der christlich-demokratische Minister Luigi Gui ausgearbeitet und dem Parlament schon im Mai 1965 vor-

gelegt hatte<sup>5</sup>. Verantwortlich für diese Unruhen war der linke Flügel (Kommunisten und PSIUP) der Unione Goliardica Italiana, der sich später auch die katholische Intesa und die liberale Associazione Goliardica Italiana angeschlossen hatten. Einem ganz anderen Zweck diente die lange Besetzung der Architektur-Fakultät im April und Mai jenes Jahres. Wie schon anlässlich der Unruhen in Trient zeigte es sich hier, dass die Thesen der Sapienza eine grosse Zahl von Anhängern gefunden hatten: Die Studenten verwarfen die Weiterexistenz ihrer bisherigen Repräsentativorgane und ersetzten sie durch die sogenannte «Generalversammlung». Nach der Sommerpause und der Wiedereröffnung des akademischen Jahres verbarrikierte sich am 27. November 1967 eine kleine Gruppe von Studenten im Sitz der Humanistischen Fakultät im Palazzo Campana, um gegen den Beschluss der Universitätsleitung, den neuen Sitz der Hochschule ausserhalb der Stadt zu errichten, zu protestieren und den «akademischen Autoritarismus» zu brandmarken.

An der Entwicklung der Turiner Ereignisse mögen allerdings noch andere Faktoren beteiligt gewesen sein: die sehr lebendige urbane Atmosphäre dieser Stadt, die Aufnahme ausländischer avantgardistischer Experimente durch gewisse Professoren und schliesslich die Gegenwart katholischer Gruppen der extremen Linken, die formal zwar der christlich-demokratischen Partei nahestehen oder ihr angehören. So führten die Ereignisse in Turin rasch über die traditionellen politischen und studentischen Anliegen hinaus, und die Turiner Studenten stellten schliesslich die These von der «globalen Anfechtung» der Universität und der Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Gestalt überhaupt auf. Resolutionen wurden gefasst, und das «Manifest der Philosophischen Fakultät» behauptete klar aufzuzeigen, dass die Kompromisslösungen für eine modernere Universität, denen die Studenten und die fortschrittlichsten unter den Professoren bisher noch zugestimmt hatten, bereits überholt seien<sup>6</sup>. Die Studentenbewegung — oder genauer: jene verschwindend kleine Zahl von Studenten, die in Pisa und Turin zur Besetzung der Universitätsgebäude geschritten waren — begann nun einen eindeutig revolutionären Schwung zu entwickeln. Der Dialog zwischen Professoren und Studenten verlor jeden Sinn.

In ihren Thesen hatten die Studenten von Pisa die Behauptung aufgestellt: «Alles, was die Regierung und der Erziehungsminister, die Rektoren und die ordentlichen Professoren tun, ist nichts anderes als der unmittelbare Ausdruck eines organisierten Plans des Kapitals<sup>7</sup>.» Diese Worte haben, wenn sie mehr als blosser Worte sind, nur einen Sinn als Auftakt zur Revolution. Und die Revolution wird fast immer von Minderheiten gemacht, auch wenn sie im Namen einer angeblichen Mehrheit geschieht. Die Demonstranten von Turin bekannten offen, dass sie eine Minderheit waren sowohl in bezug auf die Zahl der Studierenden als auch — und hier noch viel aus-



geprägter — in bezug auf jene, die immatrikuliert sind, aber keine Vorlesungen besuchen<sup>8</sup>. In den Pisaner Thesen hatte noch der Satz gestanden: «Das Departement ist die organische Einheit und die Grundlage des Universitätsbetriebs<sup>9</sup>.» Die Turiner aber gingen weiter: «Die departementale Struktur ist notwendig, aber für unsere Zielsetzung nicht ausreichend. Nicht nur die Struktur des Studienplans muss neu gestaltet werden, sondern auch die Wahl der spezifischen Methoden und Themata des Studiums<sup>10</sup>.» In Turin wurde der Versuch unternommen, eine «neue Didaktik» zu formen, die auf «Gegenvorlesungen» («controcorsi») basierte; dabei sollte das individuelle Studium durch ein kollektives Studium ersetzt und grosses Gewicht auf politisch-soziale Aspekte gelegt werden; ferner gehörte dazu die Vorlesungskritik, um damit, wie es hiess, «die Gleichberechtigung zwischen Lehrern und Schülern» zu erreichen<sup>11</sup>.

### *Die Ausweitung der Krise*

In kurzer Zeit breitete sich der revolutionäre Protest über das ganze Land aus: Um Guis Gesetzesentwurf, der die Antwort der politischen Mehrheit auf die Studentenunruhen sein sollte, verdichteten sich kritische Einwände und Gegenvorschläge. Die kommunistische Linke hoffte, die Führerrolle in der studentischen Protestbewegung übernehmen zu können und unterstützte deshalb die Bewegung. Die Massenmedien, vor allem das Fernsehen, stellten die Turiner Agitatoren ins Scheinwerferlicht der öffentlichen Meinung. Eine im Bereich der Kultur unsichere und unwissende Gesellschaft unterstützte die Studenten, weil sie unfähig war, die echten Anliegen und die fruchtbaren Impulse von den übeln Absichten und der gedanklichen Verworrenheit zu unterscheiden. Die katholischen Studentengruppen, die von 1945 bis 1965 viel dazu beigetragen hatten, gültige Lösungen des italienischen Universitätsproblems zu finden, schlossen sich nach einigem Zögern der revolutionären Aktionsfront an und zeichneten sich durch eine Härte des Tons aus, die zweifellos zu den fragwürdigsten Aspekten des nachkonziliaren Katholizismus gehört.

Da die Wahlen vom Mai 1968 bevorstanden, nahm die damals in erbitterte Polemiken über den Geheimdienst verwickelte Regierung des linken Zentrums gegenüber den Vorgängen in den Universitäten eine zögernde Haltung ein. Die Dämme waren gebrochen, und das kollektive Unterbewusstsein hatte ein Opfer gefunden, auf das man das weitverbreitete Gefühl von Unbehagen und Schuld abladen konnte: den Universitätsprofessor, der seine Pflicht nicht tut. Ende 1967 folgten Genua, Pavia, Neapel, Mailand, Venedig, Padua, Pisa, Florenz und Siena dem Beispiel Turins. Die Forderungen der Studenten blieben im Grunde ohne Antwort — und

dabei wäre doch gerade jetzt eine wirklich kompetente, kulturphilosophisch und ethisch fundierte Antwort nötig gewesen. Die Rhetorik des Juvenilismus, die Italien schon zur Zeit des Faschismus kennengelernt hatte und deren Verführung im letzten Jahr nun auch Persönlichkeiten des kulturellen, politischen und kirchlichen Lebens erlegen sind, führte zu einer Vervielfachung der Widersprüche. Jetzt ging es nicht mehr um grossartige Dokumente wie damals in Trient, wo eine Fakultät gefordert worden war, die neben dem Studium der Philosophie, der Moral und der Logik auch eine Vorbereitung auf die berufliche Tätigkeit biete. Die Architekturabteilung von Mailand verlangte Selbstverwaltung; sie erklärte, sie wolle damit die Macht der Dozenten übernehmen, so dass diese als Forscher nun von der Ablenkung durch institutionelle Formen der Macht befreit seien. Hier darf man sich mit Recht die Frage stellen, was denn diese «universitas studentium» für die Universität überhaupt leistet, wenn sie eine noch viel grössere Machtfülle verlangen als die ersten autonomen «universitates» des Mittelalters. Freilich steckt in diesem ganzen demagogischen Redeschwall eine an sich fruchtbare Idee, nämlich der Gedanke, dass auch der Student im Hochschuldialog ein Mitspracherecht haben muss. Das ist ihm oft verweigert worden, obwohl auch er ja an der Tradierung und Fortentwicklung des Wissens beteiligt ist.

In Florenz war man nicht einverstanden mit der von Guis Gesetzesentwurf vorgesehenen Unterscheidung zwischen beruflicher Promotion und wissenschaftlichem Doktorat; es handelt sich hierbei um eine der dringendsten Massnahmen, die eine illusorische Interessengleichheit zwischen den Studenten endlich beseitigen und den Übelstand der ausserhalb des Programms Studierenden (den «fuori corso») beheben würde. In den Forderungen der Florentiner heisst es: «Die Verordnung, die drei verschiedene Promotionsebenen schafft, ist ein klarer Ausdruck der widersprüchlichen Forderungen des (sozialen und ökonomischen) Systems: derjenigen nach Spezialisierung und der ihr widersprechenden Notwendigkeit einer mehrwertigen Bildung, die jedem die Möglichkeit gibt, sich in bezug auf die neuesten Entwicklungen auf dem laufenden zu halten<sup>12</sup>.» In Rom hingegen, wo am 1. März 1968 vor der Architekturabteilung eine eigentliche Schlacht zwischen Studentengruppen und Polizisten stattgefunden hatte, verlangte man nun «eine Universität, die die absurde Unterteilung in Fakultäten aufgibt und auf dem Prinzip der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Disziplinen basiert und die jedermann offensteht»<sup>13</sup>. Dazu forderte man auch die bedingungslose Ausrichtung eines Studentengehaltes. Broschüren, die während der Besetzung des Lehrerseminars in Rom verteilt wurden, sprechen vom Ende der «meritocrazia», das heisst jenes Systems, in dem die Tüchtigen den zumindest in bezug auf die Noten weniger Tüchtigen vorgezogen werden.

Nach der «Schlacht von Rom» nahm die Gärung zu, und die Zwischenfälle häuften sich. Der Rektor von Mailand schloss die Universität. Die Unruhen griffen auch auf Mittelschulen über. Die Universitäten von Catania, Bologna, Perugia, Messina, Neapel und noch einmal Pisa wurden besetzt, befreit und wieder besetzt. Am 1. März gab es in Rom einen besonders heftigen Zusammenstoss zwischen Studenten der extremen Rechten und jenen, die die juristische Fakultät besetzt hielten. Andere schwere Zwischenfälle fanden nach dem Mordanschlag auf Dutschke und der Ermordung Martin Luther Kings statt. Am 27. April kam es in Rom zu einer weiteren Schlacht vor dem Justizpalast, wobei die Polizei mit äusserster, vielleicht unberechtigter Schärfe vorging. Hierauf bereitete sich die Universität auf die Examen und auf die Ferien vor. Aber die Studenten hatten erreicht, dass die Examenkommissionen so zusammengesetzt waren, wie es ein Artikel des Universitätsreglementes vorschreibt, ein Artikel, der schon allzu lange und fast überall von den Dozenten missachtet worden war. Der Versuch einer Zusammenarbeit mit der Arbeiterbewegung war missglückt, die Ergebnisse der Annäherung zwischen Hoch- und Mittelschulstudenten blieben mehr als ungewiss. Aber schliesslich gewann man den Eindruck, dass die Studentenbewegung nicht mehr isoliert war.

### *Zwischen Fortschritt und Utopie*

Die Universität der Gegenwart steht vor einem grossen Problem: sie muss ein Ideal, eine Lebensgrundlage finden. Der Schreibende glaubt, dass nur die Begegnung von Humanität und Wissenschaft dieses neue Ideal schaffen kann.

Es gibt indessen untergeordnete Probleme, die die Studienordnung und die Struktur der Hochschulgemeinschaft betreffen und die die italienischen Universitäten unmittelbar bedrängen. Sie seien hier kurz aufgezählt: Neubestimmung der Lehraufgabe der Dozenten auf den verschiedenen Ebenen; Neuordnung der Professorenwahl; Festlegung eines Verhältnisses zwischen der Zahl der Dozenten und derjenigen der Studenten, das den erzieherischen Dialog auf jeder Ebene gewährleistet; Strukturierung der Hochschulgemeinschaft in ihren stellvertretenden Räten, in der den Studenten auch eine entscheidende Stimme in der Organisation des Studienbetriebs (nicht des Studienplans) jeder Fakultät zukommt; Vermehrung der Universitätsgebäude und der didaktischen Einrichtungen; Eliminierung des pathologischen Phänomens der «fuori corso» nach einer gewissen Altersgrenze.

Von 1943 bis 1965 hat die Studentenbewegung nach einem Hochschulideal gesucht und sich auch bemüht, Organe zu schaffen, die fähig sind, es zu verwirklichen<sup>14</sup>. Dieser letztere Versuch blieb leider ohne Erfolg. Einer



der grössten Fehler der politischen Führung gegenüber der Universität war es, diese Bestrebungen der italienischen Akademiker nicht dadurch zu unterstützen, dass sie das Wahlrecht in den Universitäten für obligatorisch erklärten und darauf achteten, dass die Wahlen in einem Klima strengster Legalität durchgeführt wurden. So waren es jeweils höchstens 20 bis 30 Prozent der Hochschulstudenten, die sich an den Wahlen für die studentischen Organe beteiligten, und ausserdem gaben die Wahlen selbst hie und da Anlass zu schwerwiegenden Verdächtigungen.

Und doch hat die italienische Universität jene Kategorien von Berufsleuten gebildet, die die Wirtschaft des Landes neu aufgebaut haben und sich vor allem auf technischem Gebiet mit den Universitätsabsolventen selbst der fortschrittlichsten Länder messen können. Es ist aber nicht zu bestreiten, dass jeder Beruf eine Seele und jeder Berufsmann eine Moral braucht, die über die Suche nach dem Nützlichen, über dem Beitrag zum kollektiven Wohlstand und über die Entdeckung neuer Bedürfnisse der Konsumgesellschaft hinausgeht. Aber jene, die heute die neue Moral aus einer armen Gesellschaft entstehen sehen, sahen sie gestern aus der «affluent society» wachsen, und sie bemerken nicht, dass sie in allen Fällen eine einzige Quelle hat: nämlich das Bewusstsein der menschlichen Würde.

Aber selbst in den Irrwegen des revolutionären Protestes hat die Studentenbewegung diese Probleme erfasst und erkannt, dass ein neues Ideal nötig ist. Wird die Studentenbewegung die eigentlichen Kräfte, die sie bewegen, entdecken und den Betrug der Demagogie entlarven? Von der Antwort auf diese Frage hängt die Zukunft der italienischen Universität ab.

<sup>1</sup>Documenti della rivolta universitaria, a cura del Movimento studentesco, Laterza editore, Bari 1968. Zur katholischen Universität Mailand: Università cattolica. Storia di 3 occupazioni, repressioni e serrate, in «Relazioni sociali», supplemento al numero 3—4, 1968. Zur Geschichte der italienischen Jugendbewegung von 1943—1963 vgl. die beiden ausführlichen Nummern der Zeitschrift «Il Veltro»: Documenti per la storia della gioventù italiana, 1—2 und 4, VII (1964). — <sup>2</sup>Le tesi della Sapienza, in «Il Mulino», XVI (1967), S. 375—391. — <sup>3</sup>Die Besetzung fällt unter Artikel 340 des Strafgesetzes, der die «Unterbrechung eines öffentlichen Betriebs» betrifft. Artikel 635

bezieht sich dagegen auf den Tatbestand der «Beschäftigung». — <sup>4</sup>Documenti a. a. O., S. 24—39. — <sup>5</sup>Es handelt sich um das vielzitierte Gesetz 2314. — <sup>6</sup>Documenti a. a. O., S. 233. — <sup>7</sup>Le tesi a. a. O., S. 377. — <sup>8</sup>Documenti a. a. O., S. 256. — <sup>9</sup>Le tesi a. a. O., S. 254. — <sup>10</sup>Documenti a. a. O., S. 254. — <sup>11</sup>Ebenda, S. 156. — <sup>12</sup>Ebenda, S. 304. — <sup>13</sup>Ebenda, S. 382. — <sup>14</sup>Die wichtigen Marksteine sind der Kongress der «Unione Goliardica Italiana» in Florenz (1952), der Kongress der «Federazione Universitaria Cattolica Italiana» in Bologna (1953) und der Kongress der «Unione Nazionale Universitaria Rappresentativa Italiana» in Grado (1955).